

Umfrage

Leistungsabbau wahrscheinlich

Ergebnisse einer KBV-Umfrage verdeutlichen Pessimismus der Befragten.

Rund die Hälfte der Bürger rechnet damit, dass es bald zu Leistungseinschränkungen im Gesundheitswesen kommen wird (1999: 25 Prozent), 40 Prozent halten dies für wahrscheinlich (1999: 50 Prozent). Das hat eine Umfrage des Bielefelder Soko-Instituts im Auftrag der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) ergeben. Befragt wurden von Ende Dezember bis Mitte Januar rund 2 000 Personen per Telefon.

Ermittelt wurde weiterhin, dass sich rund 87 Prozent der Befragten mit einem gesundheitlichen Problem zunächst an ihren Hausarzt wenden und 11,5 Prozent an einen Facharzt. Für den Fall, dass ein Facharztbesuch notwendig wird, würden in Zukunft 88 Prozent zum niedergelassenen Facharzt gehen und nur 12 Prozent zum Facharzt im Krankenhaus.

Ärzteverband

82 Prozent gegen Irak-Krieg

IPPNW-Appell an die Bundesregierung



Foto: Daniel Rühmkorf

Ärzte der IPPNW und andere Ärzteverbände demonstrierten vergangene Woche vor der amerikanischen Botschaft in Berlin.

Die „Internationalen Ärzte für Frieden und soziale Verantwortung“ (IPPNW) haben die Bundesregierung aufgefordert, alle internationalen Einflussmöglichkeiten auszuschöpfen, um einen Irak-Krieg zu verhindern. Nach einer Forsa-Umfrage, die die IPPNW in Auftrag gegeben hatte, befürchten 86 Prozent der Deutschen, dass ein Irak-Krieg den Terrorismus eher noch verstärkt. 82 Prozent seien gegen einen Irak-Krieg, sagte Prof.

Dr. med. Horst-Eberhard Richter, Ehrenmitglied im Vorstand der IPPNW in Berlin.

Richter kritisierte die mangelnde Medienberichterstattung über die Ansicht der Bevölkerung zu einem Krieg. „Die vorgeschobenen Kriegsgründe haben sich als haltlos

erwiesen; das gilt sowohl für die erfundene Weltbedrohung durch den Irak als auch für dessen angebliche konspirative Verbindung mit dem Al-Qaida-Terrorismus“, sagte Prof. Dr. med. Ulrich Gottstein, ebenfalls Ehrenmitglied im Vorstand. Im Falle eines neuen Krieges gegen den Irak rechnet die Organisation mit Hundert-

tausenden Toten. Einen entsprechenden Bericht, „Kollateralschäden – die medizinischen und ökologischen Folgen eines neuen Golfkrieges“, stellte Dr. Judith Cook, Vorstandsmitglied der britischen IPPNW „Medact“, vor.

Außerdem sind nach Ansicht der Ärzteorganisation die nichtmilitärischen Sanktionen gegen den Irak unvereinbar mit der Genfer Konvention. Sie fordert deshalb deren Aufhebung.

Krankenkassen

Für mehr Patientenrechte

Einsetzung eines Patientenbeauftragten gefordert

Der AOK-Bundesverband und der Verbraucherzentrale Bundesverband haben sich dafür eingesetzt, dass im Rahmen der Gesundheitsreform die Grundlagen für die Einsetzung eines Bundes-Patientenbeauftragten geschaffen werden. Dieser solle die Zusammenarbeit von Patienteninitiativen, Selbsthilfe, Verbraucherzentralen und Krankenkassen intensivieren, um die Transparenz über individuelle und kollektive Patientenrechte und -pflichten zu verbessern, und dazu beitragen, dass die Patientenrechte besser durchgesetzt werden

können, so Eike Wöllenstein, im AOK-Bundesverband zuständig für Patientenschutzfragen.

Thomas Isenberg vom Verbraucherzentrale-Bundesverband hat nach Vorlage der Dokumentation über „Patientenrechte in Deutschland“ in einer vom Bundesjustiz- und -gesundheitsministerium dirigierten Arbeitsgruppe gefordert, in einem Artikelgesetz sämtliche Patientenrechte zu kodifizieren und dabei in den Mittelpunkt einen Patientenbeauftragten zu stellen. Die jetzt vorliegende Dokumentation reiche nicht aus, um die Patientenrechte transparenter zu gestalten. Auch müsse die Bundesregierung die bereits in der vergangenen Legislaturperiode angekündigte Patienten-Charta voranbringen, in der übergreifende Normen zur Durchsetzung der Patientenrechte rechtsverbindlich verankert werden.

„Körperwelten“

Verbot der Ausstellung

Münchener Stadtrat: Ausstellung verstößt gegen die Menschenwürde.

Mit großer Mehrheit hat sich der Münchener Stadtrat gegen die für Ende Februar in München geplante „Körper-

chensektion ist damit verboten. Die Zurschaustellung plastinierter Leichen in verschiedenen Posen verstoße gegen die in Artikel 1 des Grundgesetzes verankerte Menschenwürde und gegen das bayerische Bestattungsrecht. Zudem gebe es Zweifel, dass die Menschen, deren Körper plastiniert wurden, vor ihrem Tod dem zugestimmt hätten.

Die Veranstalter der „Körperwelten“-Ausstellung, die bereits in anderen deutschen Städten präsentiert wurde,



Von Hagens will rechtlich gegen die Münchener Entscheidung vorgehen. Foto: dpa

welten“-Ausstellung des umstrittenen Pathologen Gunther von Hagens ausgesprochen. Auch die in diesem Rahmen vorgesehene öffentliche Lei-

wollen rechtlich gegen das Verbot vorgehen. Man werde alle Rechtsmittel ausschöpfen, um die Ausstellung wie geplant in Bayern stattfinden zu lassen.